

# Menschenrechtsverletzungen unter Beobach

Peter Keimer ist im November 2015 nach einem Einsatz als Menschenrechtsbeobachter von Peace Watch Switzerland in Guatemala in die Schweiz zurückgekehrt und berichtet für die FRIEDENSZEITUNG über seine Erfahrungen und Tätigkeiten im bürgerkriegsverheerten mittelamerikanischen Land.

*Peter Keimer, Ihr Einsatz als Menschenrechtsbeobachter ist jetzt abgeschlossen. Was war Ihre Arbeit in Guatemala?*

**Peter Keimer:** Meine Tätigkeit hatte drei Hauptbereiche: Erstens hatte ich direkten Kontakt zu bedrohten Menschen und zu Opfern sowie zu Zeugen und Zeuginnen von Gewalt, ich machte viele Besuche, um Schutz zu bieten und Präsenz zu markieren. Zweitens pflegte ich intensiven Austausch mit dortigen Men-

schensrechtsverteidigerInnen und ihren Organisationen und übernahm Aufgaben im Büro von ACOGUATE, dem internationalen Begleitungsnetzwerk, in der Hauptstadt Guatemala-City – Berichte schreiben, Öffentlichkeitsarbeit leisten, Vernetzung betreiben. Und als dritten Bereich sehe ich die Informationsarbeit in der Schweiz: Informationen über die Menschenrechtssituation in Guatemala an Veranstaltungen und über die Medien verbreiten sowie Kontakte zu Leuten suchen, die diese Anliegen weitertragen.

*Sie beobachteten nicht nur die Menschenrechtssituation und sammelten Informationen, sondern begleiteten auch konkret Menschen in schwierigen Situationen. Was machten Sie da?*

Zum einen begleitete ich etwa KlägerInnen oder ZeugInnen zu einem Gerichtstermin, wenn sie unterwegs stärker exponiert waren als zu Hause. Andererseits machte ich Besuche vor allem bei Familien, deren Mitglieder später einmal als Zeugen auftreten wollen, oder bei AktivistInnen von Basisorganisationen, die über ihre persönliche Betroffenheit hinaus auch eine gesellschaftliche Rolle übernehmen, indem sie Menschenrechtsverletzungen anklagen und so öffentlich machen.

Wir besuchten die Leute zu Hause und reisten also in exponierte Gegenden, sprachen mit den BewohnerInnen über die aktuelle Situation in ihrem Dorf, aber auch über Probleme in der Landwirtschaft – es herrschte manchenorts gerade eine grosse Dürre – und über allgemeine Fragen des Alltags. Mit der Zeit lernten wir die Familien besser kennen, und sie berichteten uns von ihren Sorgen mit ihren Kindern oder mit der Schule, über die kranke Grossmutter usw. Wichtig an diesen Besuchen ist die Kontinuität und dass sie deutlich wahrgenommen werden, nicht nur von der Familie selbst, sondern vom ganzen Dorf, allenfalls auch von Gegnern.

*Ihr Schutz besteht also vor allem darin, durch eine persönliche Präsenz eine Öffentlichkeit herzustellen, damit Menschenrechtsverletzungen nicht versteckt erfolgen oder vergessen gehen.*

Die Leute, die ein Interesse daran haben, dass es in Gerichtsfallen überhaupt nie zu einer Verhandlung kommt – das sind vor allem Landbesitzer, ehemalige Militärs und ihre Angehörigen oder privates Sicherheitspersonal –, überlegen sich zweimal, ob sie Personen und Familien bedrohen wollen, die von uns besucht werden, weil ihre Kosten höher sind, wenn die Rechtsverletzungen durch uns öffentlich gemacht werden. Wir schalten bei konkreten Gefährdungen unsere Botschaften ein, gelangen an die internationale Presse usw. Wenn diese Art Begleitung nicht stattfände, würden viele dieser Bedrohungen bestenfalls noch bei der lokalen Polizei zur Anzeige gebracht, dann aber wegen der weitverbreiteten Praxis der Straflosigkeit bald schubladiert und vergessen.

*Zwischen 1969 und 1996 sind im guatemalteckischen Bürgerkrieg über 200'000 Menschen umgekommen, dabei kam es oft zu schweren Menschenrechtsverletzungen: Die Menschen wurden vom Militär oder von den verbreiteten paramilitärischen Sicherheitsorganen, aber auch von Guerillaverbänden gefoltert, vertrieben, ermordet. Geht es bei den heutigen Gerichtsfallen um eine Aufarbeitung dieser Zeit, einer Art Versöhnungs- und Erinnerungsarbeit, oder um neue Vorfälle von Menschenrechtsverletzungen?*

Sowohl als auch: Es gibt die Fälle aus dem Bürgerkrieg immer noch, aber die Betroffenen werden älter, sterben langsam aus. Das gilt auch für die Angeklagten. So ist etwa der ehemalige Diktator Efraín Ríos Montt, der am 10. Mai 2013 wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von einem guatemalteckischen Gericht zu 80 Jahren Gefängnis verurteilt worden war (das Urteil wurde wegen angeblicher Verfahrensfehler vom Verfassungsgericht kassiert und das Verfahren neu angesetzt), unterdessen senil, er wird am Genozid-Prozess nicht mehr persönlich teilnehmen können. Aber es gibt auch die Nachwehen des Bürgerkrieges, nämlich Menschenrechtsverletzungen, die in den letzten zehn, fünfzehn Jahren stattgefunden haben. Begonnen hat dies mit Widerstandsaktionen gegen den Bau



## Peter Keimer

hatte eine Ausbildung als Sozialarbeiter und war dreissig Jahre als Organisationsberater tätig. Er zog sich aus dem Erwerbsleben zurück und sah sich nach einer gesellschaftlich relevanteren Tätigkeit um. Dabei stiess er auf Peace Watch Switzerland. Er interessierte sich zunehmend für die Freiwilligenarbeit im Bereich Friedensförderung und speziell für die Arbeit in Lateinamerika, nachdem er vor sechs Jahren angefangen hatte, Spanisch zu lernen und nun eine Möglichkeit suchte, seine Kenntnisse praktisch anzuwenden. In seinem Blog [www.tonatiuh.eu](http://www.tonatiuh.eu) hat er über seinen Einsatz berichtet.

Mit Peter Keimer sprachen Peter Weishaupt und Heinrich Frei Mitte November 2015 am Redaktionssitz in Zürich.

von Kraftwerken und Minen der Bergwerksgesellschaften.

Diese Menschenrechtsverletzungen haben insofern einen Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg, als in vielen dieser Gebiete, die von Kraftwerkunternehmen oder Minengesellschaften beansprucht werden, die Besitztitel umstritten sind. Viele Indigene wurden während des Bürgerkriegs aus ihren Siedlungen vertrieben, einige sind zwar wieder zurückgekommen, haben aber etwa andere Vertriebene auf ihrem Land vorgefunden oder sahen sich mit Landtiteln konfrontiert, die während des Bürgerkrieges von Bergwerksgesellschaften ohne Rücksprache mit den vormaligen Besitzern in Anspruch genommen worden waren, weil jene irgendwo in den Bergen lebten, wohin sie geflüchtet waren.

Also existierte und existiert ein völliges Durcheinander in Bezug auf die Landrechte. Die Landrechte der internationalen Firmen und teilweise der Ex-Militärs sind besser verbrieft, sie hatten Zugang zu Anwälten, zu Landregistern usw. Die meisten Landrechte der indigenen Bevölkerung sind jedoch schlecht verbrieft, weil sie auf ungeschriebenen Traditionen beruhen. Dadurch gibt es Vertreibungen, die nicht direkt mit dem Bürgerkrieg zu tun haben, sondern eine Folge der neu geschaffenen Landrechte sind. Sie sind aus Sicht der Indigenen widerrechtlich, weil ihre Leute aus den angestammten Territorien vertrieben werden, damit andere das Land für den Kupfer- oder Nickelabbau ausbeuten können.

*So wurden also die Rechte der Menschen, die im Bürgerkrieg vertrieben wurden und nach dessen Ende in ihre früheren Wohngebiete zurückkehrten, nicht oder ungenügend gewahrt?*

Da muss ich etwas ausholen. Es gab interne und externe Rückkehrer, die externen waren Leute, die aus Mexiko, wohin viele geflüchtet waren, zurückkamen, als interne Rückkehrer bezeichnet man die «Umplatzierten». Während des Bürgerkrieges wurden «Modelldörfer» im Sinne von konzentrierten Lagern geschaffen – das waren vom Militär kontrollierte Dörfer, in denen die traditionellen For-



men der indigenen Selbstorganisation aufgehoben waren. Ein durch das Militär eingesetzter Bürgermeister schaute da zum Rechten. Aus der Sicht der Militärs bedeuteten damals die verstreuten Siedlungen der Indigenen eine Gefahr, weil sie den Guerillas Unterschlupf und Nahrung hätten bieten können. Weshalb sie «konzentriert» und durch das Militär dann auch regiert und bewacht wurden. Das alles hat viel dazu beigetragen, dass zahlreiche Landkonflikte nach dem Bürgerkrieg überhaupt entstanden sind; einerseits die Vergabe von Landrechten an internationale Minengesellschaften und Kraftwerksgesellschaften, andererseits die ungeklärten Besitzverhältnisse der ausschließlich indigenen Bevölkerung.

*Wie verlief das Ende des Bürgerkrieges und gab es seither eine Versöhnungsarbeit zur Überwindung der Kriegsfolgen?*

1996 gab es einen Friedensvertrag, der durch internationale Vermittler und durch die Aktivität der katholischen Kirche zustande gekommen war. Auch die beiden Parteien, also die Militärregierung wie die politische Organisation der Guerillas, haben dazu beigetragen. Dieses Vertragswerk enthält zwölf Kapitel und ist sehr ausführlich. Es beinhaltet nicht nur die Bedingungen für den Waffenstillstand, sondern auch für den Wiederaufbau, die Anerkennung der Rechte der indigenen Bevölkerung und ihrer Kultur sowie der Selbstorganisationsformen der Mayas, Xincas und Garifunas.

Das Problem ist die Umsetzung des Friedensvertrages, der grundsätzlich auch für die Menschenrechtsaktivisten im Land eine gute Basis für die Versöhnung darstellt. Die Verträge werden selbst durch die konservativen Teile der guatemaltekischen Gesellschaft nicht bestritten, aber überall dort, wo die Regierung Aufwendungen und konkrete Änderungen durchführen müsste, um die Friedensverträge umzusetzen, stockt es. Ebenso im Parlament, denn ein Teil der Vereinbarungen bedingt gesetzliche Grundlagen. Diese sind zwar in Arbeit, aber es gibt einen riesigen Rückstau, und das Parlament in seiner bisherigen Zusammensetzung war nicht bereit, einen Grossteil der gesetzlichen Grundlagen wirklich zu verabschieden, was nötig wäre um wieder einen Schritt weiterzukommen.

*Die Indigenen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, hatten aber vor 1985 als mehrheitliche Analphabeten nicht einmal das Wahlrecht. Gibt es heute Abgeordnete der Maya im Parlament?*

Es gibt 15 indigene Vertreter, davon eine Frau, das sind gerade zehn Prozent der Abgeordneten. Die indigene Bevölkerung wählt also weitgehend nicht die eigenen Leute ins Parlament. Das hat mit dem politischen System in Guatemala zu tun. Es gibt eine Unzahl von politischen Parteien, 15 bis 20, die sich an den Wahlen beteiligen, sie sind aber nicht viel

Fortsetzung Seite 18

mehr als Wahlmaschinen, die meisten haben inhaltlich wenig Substanz, verfügen über kein Wahlprogramm und nur über wenige Mitglieder. Sie werden von zwei, drei Dutzend Personen geführt, aber ihre Mitglieder, sofern es sie überhaupt gibt, haben kaum etwas zu sagen.

Die Parteien gewinnen die Wahlen, indem sie lokale Versprechen machen und Geschenke verteilen. Die Kandidatinnen und Kandidaten gehen in die Dörfer, führen Einkaufstaschen mit Zucker, Reis, Öl und Bohnen oder Säcke mit Dünger mit und verteilen sie ans Volk. Ähnlich ist es mit den Bürgermeister, die lokal über viel Macht verfügen. Auch sie werden auf diese Weise an eine bestimmte Partei gebunden, der Kandidat für den Kongress verspricht ihnen, wenn sie ihre Leute dazu bringen, ihn zu wählen, dass er dafür sorgt, dass die Strasse in ihrem Dorf asphaltiert wird. Es gibt zwar linke indigene Parteien, die drei bis vier Prozent der Stimmen erhalten, aber sie sind verteilt auf fünf oder sechs Splittergruppen, die sich nie zusammenschließen können.

*Sind das aus Basisorganisationen entstandene Parteien oder stammen sie aus Guerillagruppen, die ins zivile Leben zurückgekehrt sind?*

Es sind praktisch alles Nachfolgeorganisationen der Guerilla, und sie haben alle auch die Konflikte der Guerillas, die untereinander nicht besonders einig waren, geerbt. Nach dem Friedensvertrag hat es keine linke Bewegung mehr gegeben, mit Ausnahme der neuen Zivilgesellschaft, die seit Anfang dieses Jahres

kraftvoll an die Öffentlichkeit tritt – im April gab es die ersten Demonstrationen –, sich jedoch nicht in einer Linie mit der indigenen Linken sieht. Diese Zivilgesellschaft hat ihre Wurzeln eher in der liberalen Mittelschicht, also bei den Ladinos, in städtischen Verhältnissen, in der nicht ganz armen unteren Mittelschicht und in den Universitäten. Es bestehen Beziehungen zu traditionellen Organisationen wie den Campesinos, aber eher zwischen den Funktionären als zwischen der Basis. Die DemonstrantInnen sind in den Städten sehr präsent, aber man muss sich bewusst sein, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung mitmacht. In den Dörfern sind sie noch nicht wirklich angekommen.

*Dann ist die Situation in Guatemala nicht zu vergleichen mit anderen lateinamerikanischen Bürgerkriegsländern, in denen Militärdiktaturen durch linkspopulistische Regierungen abgelöst wurden?*

Nein, überhaupt nicht. Die Regierungen nach dem Ende des Bürgerkrieges 1996 waren alles rechte Regierungen, wobei die politische Orientierung gar keine so grosse Rolle spielt, charakteristisch ist eher die Korruption als gemeinsamer Nenner. Politik dient nur dazu, die Macht zu erhalten und zu mehren sowie wirtschaftlichen und ökonomischen Gewinn daraus zu ziehen. Die indigene Bevölkerung ist davon komplett ausgeschlossen. Sie ist wohl oder übel passive Mitspielerin in diesem System, indem sie ihre Stimme verkauft.

Es gibt dabei zwei Tendenzen. Zum einen sind da die Funktionäre der Mayas, die sich in die nationale Politik einbringen. Sie sagen, ja, wir sind ein

Teil des Staates, wir sind für ein multiethnisches Guatemala, ähnlich wie in Bolivien, und wir wollen unseren Platz in dieser multiethnischen Gemeinschaft haben. Andere indigene Volksgruppen gehen eher auf Distanz, ganz allgemein zur Moderne, und organisieren sich parallel zum Staat. Typisch sind etwa die Xinca. Sie haben regional ein Parlament eingerichtet, bei dem sie ihre Anliegen unter sich diskutieren und diese dann anschliessend mit dem Staat als Gegenüber verhandeln.

*Indigene wollen die Konflikte untereinander selbst lösen? Sogar mit einer eigenen Gerichtsbarkeit?*

Das gibt es. Es gibt in der guatemaltesischen Verfassung sogar einen relativ fortschrittlichen Artikel, dass die Traditionen und Normen der Mayas respektiert werden müssen, und das schliesst eine niedrige Gerichtsbarkeit ein. Es gibt zwei Arten von lokalen Bürgermeistern, den staatlichen Alcalde des Bezirks und in den indigenen Dörfern parallel dazu den indigenen Bürgermeister, der dem Rat der Ältesten vorsteht. Dieser hat den Anspruch und die Autorität – in den meisten Orten wird er auch entsprechend respektiert –, Nachbarschafts- oder Familienkonflikte im Dorf zu lösen, unabhängig von der staatlichen Gerichtsbarkeit.

Das ist ähnlich wie in Bolivien, wo dieses Recht auf eine separate Gerichtsbarkeit noch besser verankert ist. Was in Guatemala fehlt, ist das Gesetz zu dieser Verfassungsbestimmung, es ist zwar in Arbeit, ist aber eines dieser Vorhaben, die stocken. Mit der Verfassung verhält es sich wie mit den Friedensverträgen, die sehr fortschrittlich sind, es fehlt aber häufig die gesetzliche Grundlage zur Umsetzung, insbesondere bleiben die Zuständigkeiten in der Verfassung unklar und sind relativ allgemein formuliert.

*1954 wurde Präsident Jacobo Arbenz gestürzt – er hatte Schweizer Wurzeln. Damals gehörten 40 Prozent des bebaubaren Bodens der amerikanischen United Fruit Company. Als Arbenz diejenigen Ländereien verstaatlichen wollte, die von der United Fruit Company nicht bebaut wurden, intervenierten die Amerikaner. Wie steht es heute um den Grossgrundbesitz in Guatemala?*

Die Bodenreform von Jacobo Arbenz hat ja nicht einmal ein Jahr gedauert, be-



Peace Watch Switzerland möchte durch internationale Präsenz, Beobachtung und Begleitung Schutz für lokale, friedensfördernde Kräfte und gewaltfreie Initiativen anbieten. Eine Menschenrechtsbeobachtung erfolgt auf Anfrage aus den Konfliktregionen. Die BeobachterInnen mischen sich dabei nicht

in Konflikte ein, ihre Einsätze sind offen und transparent. PWS organisiert zusammen mit den Peace Brigades International PBI regelmässig Einführungsabende in grösseren Schweizer Städten.

Informationen: Peace Watch Switzerland, Quellenstr. 25, 8005 Zürich, Tel. 044 272 27 88, info@peace-watch.ch, www.peacewatch.ch

vor er gestürzt wurde. Und darum sind ganz wenige seiner Absichten realisiert worden. Die Geschichte mit der United Fruit ist eine solche Ausnahme, die auch politisch eine grosse Bedeutung hatte, weil Arbenz die Gesellschaft für das ihr enteignete Land nur zu dem Wert entschädigen wollte, den sie auch versteuert hatte. Damit hat er der United Fruit eine Falle gestellt, den diese versteuerte nicht den realen Wert ihrer Grundstücke, sondern mithilfe von Korruption sehr viel weniger, es handelte sich dabei um wenige Rappen pro Quadratmeter. Arbenz hat nur die nicht bebauten Gebiete verstaatlicht, zum Beispiel wurde bei einer Finca eines Kaffeegrossgrundbesitzers seine Plantage nicht verstaatlicht, sondern nur das Land, das er zusätzlich als unbebaute Reserve hatte.

90 Prozent dieser angestrebten Verstaatlichungen konnten in dieser kurzen Zeit nicht umgesetzt werden, weil es immer wieder Gerichtshändel und grosse Widerstände gab. Und nach Arbenz' Sturz wurde ein Teil der Reformen rückgängig gemacht. Land, das an die Campesinos verteilt worden war, wurde wieder den Plantagenbesitzern zugesprochen. Ein Teil blieb den Campesinos, weil sich der Besitzer sagte, ich mag nicht streiten, Hauptsache, ich habe Arbeitskräfte in der Nähe. Bei einem anderen Teil blieb unklar, wem jetzt dieses Land gehört, weil die Besitztitel nicht geregelt waren. Aber zunächst wurden nach dem Sturz von Arbenz alle Entscheidungen der Landreform negiert. Spätere Regierungen haben dann einen Teil der Landreform weitergezogen.

Ein interessantes Beispiel ist das Dorf Santa Maria Tzejá, das ich kennengelernt habe: Nach der Landreform und während der Militärregierungen war die Angst vor dem Kommunismus gross. In diesem Dorf in den Bergen waren die Lebensbedingungen so schlecht, dass sich die unzufriedenen Menschen erhoben. Worauf ein spanischer Priester, Luis Gurriarán López, eingeflogen wurde. Die Idee war, dass er mithilfe der Religion die Menschen wieder beruhigen sollte. Das Ergebnis war umgekehrt. Dieser Priester empörte sich über die Arbeitsbedingungen der Campesinos und suchte nach Alternativen.

Die Campesinos auf der Finca haben keinen eigenen Landbesitz, sondern werden zusammen mit dem Land gekauft. Für die Campesinos jedoch ist es nicht fremdes Land, auf dem sie leben und das sie bebauen, sondern das



angestammte. Nach dem Verständnis des Finquero sind Campesinos Leute, die ihm verpflichtet sind, weil er ihnen Arbeit gibt. Sie stehen also in grosser Abhängigkeit vom Finquero, weil er die Infrastruktur für das Dorf erstellt, für Wege sorgt, den Einkaufsladen betreibt, die Saläre bestimmt usw. Je nach sozialer Einstellung sind die Bedingungen etwas besser, es gibt auch die paternalistischen Finqueros, die gut zu ihren Leuten schauen, die vielleicht sogar eine Dorfschule finanzieren und die medizinische Versorgung sicherstellen.

Der erwähnte Priester hat Wege gefunden, damit die Campesinos unabhängig von einem Finquero arbeiten und leben konnten. Denn es gab noch Reste der früheren Landreform, wo die Regierung über eigenes Land verfügte, das nicht in Privatbesitz war, etwa im Dschungel oder unten im Flachland. Er handelte ein Gebiet mit der Regierung aus und die Campesinos konnten dort ein Dorf aufbauen, mit Privatbesitz und Gemeinschaftseinrichtungen. Die Landreform war also nicht völlig gescheitert, es gab kleinere Projekte wie in Santa Maria Tzejá, die das Dorf von einem Grossgrundbesitzer unabhängig machten und danach relativ erfolgreich weiterentwickelt wurden.

*In den höheren Regionen gibt es neben dem Grossgrundbesitz auch die Ausbeutung der Bodenschätze. Dagegen gibt es heute grossen Widerstand der Indigenen.*

Praktisch alle Kraftwerk- und Minenprojekte stossen heute auf heftigen Widerstand. Vor 20, 30 Jahren war Widerstand eher eine Ausnahme. Das hat wohl mit der ökologischen Bewegung zu tun, aber auch damit, dass die Repression nicht mehr so hart ist wie früher während des Bürgerkrieges. Sehr viele

dieser Minen-, aber auch Hydro-Elektroprojekte waren unter dem Schutz der Militärs durchgezogen worden und jeder Kritiker eines solchen Projektes wurde mit dem internen Feind, mit der Guerilla, gleichgesetzt. Repression war deshalb an der Tagesordnung. Heute ist solches in diesem Ausmass nicht mehr möglich, weil die Diskussion darüber, ob solche Projekte zum Nutzen des Landes oder eher zum Schaden sind, öffentlich geführt wird.

Es handelt sich vor allem um zwei Arten von Grossprojekten. Einerseits geht es um riesige Staudämme, die Schäden nach sich ziehen wie Überflutung des Landes und Wassermangel unterhalb der Staumauern, auch die Infrastruktur, die nötig ist, um sie zu bauen, bedeutet eine Belastung. Andererseits sind es Minenprojekte, in der Regel Tagbauminen mit sehr viel Staub. Weil die Minen nicht so ergiebig sind, kann man das Metall nicht nur mechanisch extrahieren und ausschmelzen, man muss es zusätzlich mit chemischen Mitteln tun. Das heisst, es entsteht sehr viel chemisch verunreinigtes Abwasser, das selbstverständlich nicht gereinigt wird, sondern in Becken gelagert und manchmal durch Unfälle oder auch mit Absicht in die Gewässer abfliesst. Befürchtet wird, dass die lokale Ökologie durch diese Minenprojekte zerstört wird.

Die Minengesellschaften bieten zwar Arbeitsplätze an, heben dadurch aber das lokale Preisniveau an, womit die einheimischen Bauern nicht mehr zurechtkommen. Die meisten Leute sind Selbstversorger und beschaffen sich nur die Luxusprodukte, Dünger und Saatgut vom Markt. Zum Beispiel Zucker, weil Zuckerrohr nur in den Küstenregionen wächst, müssen sie ihn auf dem Markt kaufen.

Fortsetzung Seite 20

Die Sicherheitsfirmen, die von den Unternehmen verpflichtet werden, schauen dabei nicht nur dazu, dass das Abbaugelände nicht betreten wird, sondern haben auch die Aktivisten im Visier und bedrohen sie verbal: «Wenn du nicht aufhörst, Propaganda gegen uns zu machen, wird das schlimme Folgen für dich und deine Familie haben.» Sie schrecken aber auch vor direkter Gewalt nicht zurück, etwa indem sie gezielt Schüsse abgeben, Veranstaltungen stören oder besetzte Zugangsstrassen in Zusammenarbeit mit der Polizei räumen usw.

*Da kommt jetzt Ihre Arbeit als Menschenrechtsbeobachter zum Einsatz. Wie beschützt Ihr den lokalen Widerstand?*

Wir begleiten gefährdete Personen, natürlich nicht rund um die Uhr, sondern punktuell, zum Beispiel in Mataquescuintla. Dort ist ein Minenprojekt geplant, es geht um eine Erweiterung einer bereits im Nachbarbezirk bestehenden Mine. Die Gemeinde will das nicht und hat auch vor drei Jahren darüber abgestimmt. Einer der zentralen Aktivisten, ein Kaffeebauer, wurde 2014 in seinem Auto beschossen, seine Tochter wurde dabei getötet. Er selbst ist mit dem Leben davongekommen, wurde aber verletzt und kann seinen Arm nicht mehr gebrauchen. Er und seine Familie haben

nun um Begleitung durch ACOGUATE gebeten.

Wir haben diese Familie punktuell begleitet, das heisst, wir haben sie alle paar Wochen besucht und dies auch öffentlich sichtbar gemacht – wir trugen die grüne ACOGUATE-Weste (siehe Bilder). Wir konnten aber nicht verhindern, dass vor ein paar Wochen dieser Mann und zwei seiner Kollegen, die ebenfalls in dem Widerstandskomitee mitarbeiten, erneut beschossen wurden. Alle drei hatten dabei Glück. Beim einen wurde die Kugel durch einen Knochen abgelenkt worden und fuhr ins Bein. Der andere hatte einen Durchschuss in der Brust, den dritten hat es nur am Arm erwischt. Das zeigt, dass die Begleitung kein 100-prozentiger Schutz ist, sie kann es auch nicht sein. Insgesamt hat sie aber dennoch eine Wirkung, nämlich dann, wenn wir, aber auch andere Hilfsorganisationen über solche Geschehnisse informieren. So wird die Minengesellschaft Tahoe Resources verantwortlich gemacht für das Verhalten ihres Sicherheitspersonals. In einem andern Fall läuft bereits seit 2012 ein Prozess in Kanada.

*Also sind hier nicht nur die örtlichen Gerichte involviert. Wer hat diesen Prozess in Kanada angestrengt?*

Wir sind nur ein kleiner Teil in diesem Puzzle. In Kanada gibt es eine Organisa-

tion namens Mining Watch Canada, die die Tätigkeit der Minengesellschaften beobachtet. Ursprünglich ging es wohl um Ökologie in Kanada selber, aber die Organisation hat sich bald einmal gefragt, was kanadische Gesellschaften im Ausland treiben. Im erwähnten Fall hat sie deshalb eine Verurteilungsklage geführt. Das oberste Gericht von Ontario liess zu, dass auch das Verhalten einer Tochtergesellschaft der kanadischen Gerichtsbarkeit untersteht, also ähnlich, wie es die Konzernverantwortungsinitiative (siehe Kasten unten) vorsieht. Jetzt wird diese Verantwortlichkeit in Kanada behandelt, und zwar über drei Stufen hinweg, also die kanadische Muttergesellschaft Hudbay Minerals ist verantwortlich für die guatemalteckische Tochter Compañía Guatemalteca de Niquel S.A., und die wiederum für das Handeln der Sicherheitsgesellschaft Delta S.A., die die Tochtergesellschaft beauftragt hat.

Diese Sicherheitsgesellschaften sind ein grosses Problem in Guatemala. An jeder Strassenecke sieht man Sicherheitsleute mit Pump-Guns. Es gibt etwa 150 solcher Firmen, die ihre Leute mit fantasievollen Uniformen ausstaffieren. Die Leute, die die Fäden ziehen, sind häufig Ex-Militärs oder Männer, die während des Bürgerkriegs in den Geheimdiensten gearbeitet haben. Unter ihnen befinden sich auch ausländische «Experten», die eingeflogen werden, etwa aus den USA oder aus Israel.

*Ist der Widerstand gegen Grossprojekte eher grundsätzlich ausgerichtet oder kämpft man um mehr Mitbestimmung bei der Realisierung der Projekte? Zum Beispiel, dass die Flüsse nicht verseucht werden oder Enteignungen bei Staudämmen besser entschädigt werden?*

Darüber habe ich mit vielen Menschen gesprochen. Ich habe aber niemanden angetroffen, der gesagt hätte, ein solches Projekt wäre diskutabel, wenn die Bedingungen, also die Restwassermengen oder die Art und Weise, wie die Kläranlagen für die giftigen Abwässer gehandhabt werden, verbessert würden. Nein, es ging um fundamentale Kritik an diesen Grossprojekten. Die Eingriffe in die Landschaft, aber auch in die soziale Struktur sind so gross, dass die indigene Lebensart zerstört wird. Dagegen wehrt sich die Bevölkerung auf dem Land.

*Können Sie uns noch etwas zu den Zehntausenden von Verschwundenen sagen?*

## Die Konzernverantwortungsinitiative

**Globale Geschäfte? Globale Verantwortung!** Seit April 2015 läuft die Unterschriftensammlung für die sogenannte Konzernverantwortungsinitiative, die für multinationale Unternehmen mit Sitz in der Schweiz eine Sorgfaltspflicht einführen möchte, damit diese zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt verpflichtet werden können. Dieses Instrument orientiert sich an den 2011 verabschiedeten «UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte».

Demnach muss ein Konzern vorab all seine Geschäftsabläufe und -beziehungen durchleuchten, um mögliche Risiken für Mensch und Umwelt zu identifizieren. Anschliessend muss er solch potenziell negative Auswirkungen seiner Geschäftstätigkeit mit wirksamen Gegenmassnahmen bekämpfen. Und als

dritten Schritt ist er verpflichtet, transparent über allfällig verletzte Rechte und die dagegen ergriffenen Vorkehrungen zu berichten.

Um zu gewährleisten, dass alle Unternehmen ihre Sorgfaltspflichten wahrnehmen, sollen Schweizer Konzerne auch für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden haften, die von ihnen kontrollierte Firmen begehen. Kann ein Unternehmen aber glaubhaft nachweisen, dass es die Sorgfaltspflichten umfassend durchgeführt und alle nötigen Massnahmen getroffen hat, ist es von der Haftung befreit. Die Initiative wirkt also präventiv und gibt Unternehmen einen wirksamen Anreiz, das Richtige zu tun.

Unterschriftenbogen und Informationen: Verein Konzernverantwortungsinitiative, Postfach 8609, 3001 Bern, Tel. 031 390 93 36, info@konzern-initiative.ch, www.konzern-initiative.ch

Während des Bürgerkrieges sind viele Menschen zunächst verhaftet worden, sei es durch das Militär oder durch das Paramilitär, die PAC (Patrullas de Auto-defensa Civil), und in Militärstützpunkte überführt worden. Ihre Verwandten haben nachgefragt, haben dabei vielleicht in den ersten Stationen noch erfahren, wo ihr Vater hingebacht wurde. Der Kommandant sagte, ja, der war bei uns, er ist verlegt worden, wir wissen nicht genau wohin, fragt mal in diesem Lager nach. Doch wenn sie dort nachfragten, war nicht mehr zu eruieren, wohin sie gebracht wurden. Das war eine Art des Verschwindenlassens. Es gibt aber auch ganze Gruppen, häufig Männer, die vom Militär weggebracht, erschossen und in den Wäldern vergraben wurden. Dort verliert sich ihre Spur, zum Teil wurden ihre Knochen wiedergefunden, aber nur zu einem kleinen Teil.

Es gibt zwei oder drei Organisationen in Guatemala, die sich um diese Fälle von Verschwundenen kümmern. Sie arbeiten mit Exhumierungen, suchen versteckte Massengräber auf und versuchen, über DNA-Analysen die Beziehungen zwischen den gefundenen Knochen und den Menschen, die nach diesen Verschwundenen suchen, herzustellen. Die forensische Anthropologie in Guatemala ist durch diese Arbeit auf dem neuesten Stand. Sie ist eine relativ grosse Organisation und arbeitet mit zwei Datenbanken, jener der wiedergefundenen Knochen und jener der DNA-Daten von Leuten, die ihre Angehörigen suchen.

Das ist immer noch sehr aktuell für Menschen, die ihren Partner verloren haben oder ihre Verwandten – häufig waren es mehrere, vor allem männliche Verwandte. Für sie hat es eine grosse Bedeutung, ihre Verwandten wiederzufinden und selbst beerdigen zu können, es gelingt aber nur äusserst selten. Diese Suche ist zum einen individuell motiviert: Ich möchte wissen, wo mein Partner geblieben ist, und ich möchte ihn beerdigen, ich möchte einen Ort haben, wo ich meine Trauer abschliessen kann. Sie hat aber auch eine kollektive Dimension «Wir werden nicht vergessen, was geschehen ist» – als Dorf, aber auch als Ethnie, als Maya in Guatemala.

*Die internationale Kommission gegen die Straflosigkeit CICIG spielte in der letzten Zeit eine wichtige Rolle im Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Korruption. Wie hat sich diese Kommission gebildet und was bedeutet sie für Guatemala?*



Nach den Friedensverträgen verfolgte man international deren Umsetzung, und es stellte sich die Frage nach der strafrechtlichen Aufarbeitung der Kriegsverbrechen. Damit kam das Thema der institutionalisierten Straflosigkeit auf Tapet. Die UNO wollte die in ganz Zentralamerika angelegte Tradition der Straflosigkeit, nicht nur in Bezug auf politische Verbrechen, sondern auch bezüglich der alltäglichen Kriminalität stoppen und einen Neuanfang schaffen, indem Guatemalteken zusammen mit internationalem Personal die Straflosigkeit bekämpfen sollen.

Die Kommission selbst hat keine gerichtliche Kompetenz, sondern ist darauf angewiesen, mit den ordentlichen Strafverfolgungsbehörden in Guatemala zusammenzuarbeiten. Sie kann nur recherchieren und Untersuchungen anstossen. In den ersten paar Jahren ging das relativ zahm zu und her, war immer mit Schwierigkeiten verbunden, mit Widerstand von Seiten der Strafverfolgungsbehörden, die Kommission verfügte auch nur über ein knappes Budget.

Seit zwei Jahren, vielleicht auch im Zusammenhang mit dem Genozid-Prozess gegen Rios Montt, hat die CICIG an

Stärke und Einfluss gewonnen. Heute bekennen sich alle von links bis rechts zur CICIG. Der kürzlich neu gewählte Präsident, Jimmy Morales, der im Verdacht steht, eine Marionette der Militärs zu sein, hat gesagt, er werde die CICIG nicht anrühren und ihr Mandat bis 2021 verlängern, sie werde auch genügend Mittel erhalten. Das ist eine grosse Chance für Guatemala, weil damit das politische System reformiert werden kann – oder es gibt zumindest einen Anstoss dazu.

Die aktuelle politische Situation in Guatemala ist zur Zeit sehr spannend. Der neugewählte Präsident Jimmy Morales tritt an mit dem Versprechen, die Korruption zu bekämpfen, die Organisationen der Zivilgesellschaft und sogar der Unternehmervverband drängen auf eine Reform des politischen Systems. Das sind an sich günstige Voraussetzungen für eine bessere Zukunft für Guatemala. Wären da nicht die alten, aber immer noch funktionierenden Netzwerke der Militärs, der Oligarchen und des internationalen Kapitals, für die jede Reform eine Bedrohung ihrer Interessen darstellt.